

Keine Angst vor AKW-GAU

Umfrage zeigt: Schweizer fürchten sich nicht vor zweitem Fukushima, wollen aber den Atomausstieg.

VON OTHMAR VON MATT

Die Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten fürchtet sich nicht vor einer AKW-Katastrophe, wie sie Japan in Fukushima erlebte. 54,5 Prozent sagen in einer repräsentativen Umfrage des Marktforschers Marketagent.com, sie hätten keine Angst vor einer solchen Katastrophe in der Schweiz. 37,3 Prozent der Befragten hingegen sehen das anders, 8,2 Prozent antworten mit «Weiss nicht». Marketagent.com befragte im Zeitraum vom 27. Oktober bis zum 4. November 1073 stimmberechtigte Personen aus der Deutsch- und der Westschweiz. Die höchsten Befürchtungen im Zusammenhang mit einer AKW-Katastrophe haben Frauen aus der Westschweiz. Ihr Ja-Anteil liegt bei 46,7 Prozent. Frauen aus der Deutschschweiz hingegen liegen mit 33,1 Prozent unter dem generellen Ja-Schnitt der Umfrage.

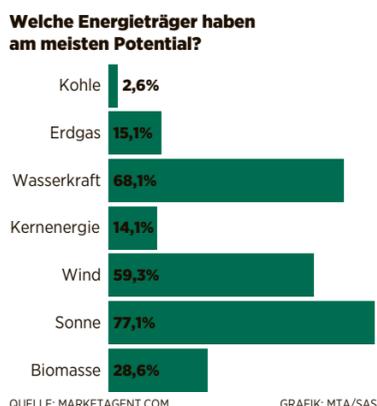
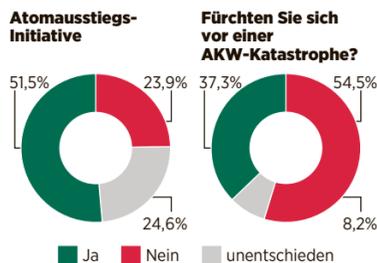
Als Energieträger mit dem grössten Potenzial gelten Sonne, Wasser und Wind, wie die Umfrage zeigt. Das höchste Potenzial orten die Befragten

bei der Sonnenenergie (77,1 Prozent). Danach folgen Wasserkraft (68,1 Prozent) und Wind (59,3 Prozent). Biomasse (28,6) und Erdgas (15,1) stehen noch vor der Kernenergie, die nur auf 14,1 Prozent kommt. Abgeschlagen am Schluss der Rangliste liegt Kohle mit nur gerade 2,6 Prozent.

Obwohl die Furcht vor einer Katastrophe gering ist, spricht sich die Mehrheit in der Umfrage für einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie aus. 51,5 Prozent der Bevölkerung betonen, dass sie - Stand heute - Ja sagen zur Initiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie», über die am 27. November abgestimmt wird. 24,6 Prozent lehnen die Initiative ab. Der Anteil der Unentschlossenen liegt bei 23,9 Prozent.

Hoher Anteil Unentschlossener

Ein Vergleich mit den übrigen Umfragen, die bisher veröffentlicht wurden, verdeutlicht, dass der Anteil der Unentschlossenen bei der Umfrage der Marketagent.com überraschend hoch ist. Die SRG-Umfrage des Instituts GfS



Bern von Ende Oktober ergab, dass 57 Prozent der Befragten bestimmt oder eher Ja sagen zur Initiative. 36 Prozent legen bestimmt oder eher ein Nein in die Urne. Und 7 Prozent sind unentschieden oder geben keine Antwort.

In der aktuellen Tamedia-Umfrage sagen 56 Prozent der Teilnehmer Ja oder eher Ja zum Atomausstieg. 43 Prozent dagegen wollen die Initiative bestimmt oder eher ablehnen. 1 Prozent gab an, noch nicht entschieden zu haben. Gegenüber der ersten Tamedia-Umfrage haben sich nur zwei Zahlen verschoben: Das Ja ist um ein Prozent gestiegen, die Unentschlossenen sind um ein Prozent gesunken.

Noch keine klare Meinungsbildung ersichtlich wird bei der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III, die am 12. Februar 2017 ansteht. 25,8 Prozent sagen Ja zum Bundesbeschluss, der die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stärken soll, aber zu Steuerausfällen führen dürfte. 19,1 Prozent lehnen die UR III ab. Mit 55,1 Prozent sind die Unentschlossenen die mit Abstand grösste Gruppe.

Bundesplatz



Nach Deutsch, Französisch und Englisch jetzt auch noch auf Arabisch: Die Biografie «Döfl Ogi – Statesman and Sportsman» (Wird & Weber Verlag Thun, 2014) ist inzwischen in vier Sprachen auf dem Markt erhältlich. Die Vernissage dazu fand gestern in Maskat statt, der Hauptstadt von Oman. Den Rahmen dazu bildete die konstituierende Sitzung der Oman Switzerland Friendship Association. Sie fand statt unter der Leitung von Alt-Bundesrat Adolf Ogi und des omanischen Botschafters bei der arabischen Liga, **Abdulla bin Saif Al-Busaidy**. Ehrengast war Seine Königliche Hoheit **Sayyid Kamel Bin Fahad Bin Mahmoud Al Said**. Die Schweiz war mit zwei Parlamentariern vertreten, den Nationalräten **Guillaume Barzone** (CVP, GE) und **Christine Bülhard-Marbach** (CVP, FR). Mit zwei Westschweizern, darunter mit Barzone auch der Genfer Stadtpräsident.

Hätte **Hillary Clinton** die US-Präsidentenwahlen gewonnen, wäre erstmals in der jüngeren Geschichte eine Verbündete der Schweiz an der Spitze des mächtigsten Landes der Welt gestanden. Die Ex-Aussenministerin wich der Eidgenossenschaft im Steuerstreit mit den USA nicht von der Seite (siehe Seite 3). Nun aber müssen wir uns mit **Donald Trump** zufriedengeben. Und siehe da: Auch er hegt Sympathien für uns! In einem Interview sagte er dem Magazin «Bilanz» 2008: «Genf und Zürich sind ausserordentlich schöne Städte. Hoffentlich wird in beiden eines Tages ein Trump Tower thronen.»

Echo

«Unsere Talkshows könnten von der «Arena» lernen», sagte der AfD-Vizepräsident Alexander Gauland im Interview mit der «Schweiz am Sonntag.» **«Newsnet»**

«Die Fluggesellschaft Swiss hat ihr Ziel nach Pünktlichkeit noch nicht erreicht. Dies sagt Swiss-Chef Thomas Klühr im Interview mit der «Schweiz am Sonntag.» **«Handelszeitung online»**

«In der «Schweiz am Sonntag» fordert der Genfer Sicherheitsdirektor Pierre Maudet eine bessere Überwachung von inhaftierten Islamisten.» **«Basler Zeitung»**

SBB scheitern mit Brezel-Offensive

Das Bundesamt für Verkehr gewinnt einen Machtkampf um die Sicherheit gegen den Staatsbetrieb.

VON ANDREAS MAURER

Das Perron ist die letzte kommerzfreie Fläche vieler Bahnhöfe. Das wollen die SBB ändern. Vor vier Jahren lancierten sie ein Pilotprojekt in Winterthur. In einer Glasbox zwischen den Gleisen betreibt Valora dort seither eine Brezelkönig-Filiale. Vor drei Jahren stuften die SBB den Versuch als Erfolg ein und kündigten an, in zehn bis zwanzig Bahnhöfen Verkaufsstände direkt am Gleis aufzustellen. Die SBB wählten fünf Bahnhöfe aus für den Start der Food-Offensive: Basel, Zürich Hauptbahnhof, Olten, Yverdon und Biel. Doch an keinem dieser Orte war die Bahn erfolgreich.

Der Grund ist ein Konflikt mit dem Bundesamt für Verkehr (BAV). Dieses verlangt, dass die SBB für jeden Stand eine Sicherheitsprüfung durchführen und die Kantone über die Bedenken des Bundes informieren. Die Kantone müssen die SBB ein Schreiben des BAV beilegen. Dieses kritisiert, dass die Personenflüsse behindert würden und die Passagiere den Gleiskanten gefährlich nahe kommen könnten. Das BAV übt Grundsatzkritik. «Es kann nicht sein, dass einerseits teure Investitionen für die Gewährleistung der Per-



Das Pilotprojekt erhält keine Nachfolger: Stand in Winterthur.

Keystone

sonenflüsse auf den Perrons getätigt werden müssen, wie für Verbreiterungen oder zusätzliche Unterführungen, andererseits gerade die so gewonnenen Kapazitäten wieder mit Verkaufsständen belegt werden.»

Die SBB geben die Pläne trotz der jahrelangen Verspätung nicht auf. SBB-Sprecher Oli Dischoe begründet die Verzögerungen mit «detaillierten und aufwendigen Abklärungen», die es zu jedem Standort zu treffen gelte: «Da diese Abklärungen unter anderem der Sicherheit dienen, nehmen wir diese Verzögerungen in Kauf, um unseren Kunden ein attraktives und vor allem sicheres Angebot auf den Perrons offerieren zu können.»

Auch die Denkmalpflege bremst

Die Perronverkaufsstände sind auch aus ästhetischen Gründen mit Widerstand konfrontiert. In Basel waren die Pläne bisher am weitesten. Die SBB reichten im Frühling ein Baugesuch für einen Stand auf dem Perron der Gleise 5 und 6 ein. Nun zogen sie es zurück. Auf Anfrage nennen die SBB in diesem Fall «denkmalpflegerische Gründe». Vorgesehen sei ein Ersatzstandort an Gleis 4. Doch dort fehle derzeit der Platz. Dieser Bereich sei schon für eine Baustellen-Installation reserviert.

INSERAT

Schwerer Atomunfall: Wir Ärztinnen und Ärzte können kaum helfen

Wir Ärztinnen und Ärzte sind besorgt. Ein schwerer Atomunfall in einem unserer überalterten Atomkraftwerke hätte für die dicht besiedelte Schweiz verheerende Folgen. Die Notfallplanung geht zudem nur von einem leichteren Unfall aus, bei dem zehn Mal weniger Radioaktivität austritt als in Fukushima. Dennoch müssten bis zu 950'000 Menschen evakuiert werden. Niemand weiss wie und wohin. Die radioaktive Wolke könnte auch Sie und Ihre Kinder im Alltag überraschen. Betagte und behinderte Menschen hätten kaum eine Chance. Wir Ärztinnen und Ärzte könnten Ihnen nicht wirklich helfen. Der geordnete Atomausstieg ist das einzig wirksame Rezept.



ÄrztInnen für den Atomausstieg
Am 27. November

JA zum geordneten Atomausstieg am 27. November 2016

Komitee «ÄrztInnen für den Atomausstieg» • www.aefu.ch/aerztInnenkomitee